

Georg Fülberth

Rede zum Roten 1. Mai in Siegen 2013

Liebe Anwesende, Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen!

Wenn sich an jedem Ersten Mai Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter versammeln, dann legen sie sich Rechenschaft über die wichtigsten sozial- und wirtschaftspolitischen Probleme der abhängig arbeitenden Menschen ab. Also fragen wir uns auch an diesem Ersten Mai 2013: Was sind die schwersten Probleme der arbeitenden Menschen in diesem Jahr? Folgen wir den bürgerlichen Zeitungen und dem Fernsehen, dann ist die Antwort klar: das größte Problem sei die Eurokrise. Das zweitgrößte sei die Frauenquote in den Aufsichtsräten und Vorständen von Aktiengesellschaften, und das drittgrößte betreffe die Frage, wer denn die nächste Bundestagswahl gewinnen werde.

Und da sind wir schon bei einigen ausgebufften ideologischen Täuschungsmanövern. Beginnen wir mit der angeblichen Euro-Krise. Ich sage: angebliche Euro-Krise. Denn in Wirklichkeit gibt es keine Euro-Krise. Dem Euro geht es ganz ausgezeichnet.

Der Euro ist ökonomisch stabil nach innen und nach außen:

Nach innen: die Inflationsrate ist nach wie vor gering.

Nach außen: es gibt keinen Absturz des Euro im Verhältnis zu Dollar, Yen oder anderen Währungen.

Man mag von einer politischen Euro-Krise sprechen und fragen, ob auf Dauer alle die 17 Länder, die gegenwärtig den Euro haben, ihn behalten werden. Aber: Falls eines von ihnen oder auch einige ausscheiden werden, dann würde der Euro der Rest-Eurozone noch härter werden. Er würde aufwerten. Allerdings würde dann das deutsche Exportmodell zusammenbrechen. Das ist des Pudels Kern bei den derzeitigen leidenschaftlichen Bekenntnissen zu Europa in der Bundesregierung und im größten Teil der veröffentlichten Meinung.

Also, liebe Anwesende, um den Euro brauchen wir uns hier gar keine Sorgen zu machen, er geht uns als Linke, als Sozialistinnen und Sozialisten, als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter nichts an.

Und über die Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten spreche ich hier auch nicht. Es ist eine innere Angelegenheit der Bourgeoisie. Gleiches gilt für die Frage, ob wir nach dem 22. September 2013 eine schwarzgelbe, eine rotgrüne, eine schwarzgrüne Regierung oder eine große Koalition haben werden. Auch hierfür gilt: innere Angelegenheit der Bourgeoisie. Diejenigen, die gar nicht mehr zur Wahl gehen, haben das längst begriffen, meinetwegen auch diejenigen, die daneben eine linke Alternative suchen.

Also: Was ist denn nun tatsächlich das größte wirtschafts- und sozialpolitische Problem in Europa?

Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, Ihr werdet Euch jetzt nicht wundern, wenn ich sage: das größte wirtschafts- und sozialpolitische Problem ist die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa. Sechzig Prozent der bis Fünfundzwanzigjährigen in Griechenland und fünfzig Prozent in Spanien haben keine Arbeit, in Italien und Portugal ist es ein Drittel. Die bürgerliche „Süddeutsche Zeitung“ schreibt zu Recht von einer „verlorenen Generation“.

Dies ist der gegenwärtig größte Skandal in der EU, und ich nehme an, niemand von Euch fragt: „Was geht das uns in Deutschland“ an?

Die Gewerkschaftsbewegung ist international, oder sie ist nichts. In ihren Gründungsjahren im 19. Jahrhundert ging es immer wieder auch darum, bei Streiks in einem Land Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern darum zu bitten, sich nicht als Streikbrecher benutzen zu lassen. Und wenn es den einen schlecht geht, werden Internationalisten sich immer fragen, welchen Anteil ihr eigenes Land daran hat und was sie dafür tun können, um dies zu ändern.

Was wäre unsere Antwort?

Die Bundesrepublik Deutschland ist das wirtschaftlich führende Land in Europa. Die Kanzlerin sagte in ihrer vorigen Neujahrsansprache, ich zitiere:

„Wenn wir etwas können, was andere nicht können, dann erhalten und schaffen wir Wohlstand.“ Ende des Zitats.

Diese Äußerung kann so verstanden werden: Die Deutschen sind einfach besser. Deshalb überschwemmen sie andere Länder mit ihren Waren, und wenn diese im Gegenzug nichts anzubieten haben, dann ist es eben ihr Pech.

So weit die herrschende Lehre, die hier von der Bundeskanzlerin vertreten wird. Es gibt auch andere Auffassungen. Zum Beispiel: In der Vergangenheit haben Länder, deren Industrie nicht konkurrenzfähig war, sich durch Zölle geschützt. In einem gemeinsamen Markt geht das nicht. Ein anderes Mittel, eine eigene Industrie aufzubauen und wettbewerbsfähig zu werden, war die Abwertung der eigenen Währung. Bei einer gemeinsamen Währung geht das ebenfalls nicht.

Der Euro soll nach Auffassung der Mehrheitspolitik erhalten bleiben. Das ist gut für die deutschen Exportindustrien, vor allem die Chemie- und die Metallindustrie, die so den europäischen Markt weiter überfluten können. Wenn trotz der Probleme der südeuropäischen Länder der Außenkurs des Euro zwar stabil ist, aber doch schwächer, als er es ohne diese Probleme der südeuropäischen Länder wäre, dann ist auch das gut für den deutschen Export, denn das verbessert ihre Chancen auf den Märkten außerhalb des Euro-Gebietes.

Also: Deutschland profitiert vom gegenwärtigen Ungleichgewicht in Europa, und in Deutschland liegt die Ursache dieses Ungleichgewichts. Wenden wir uns also unseren inneren Verhältnissen zu.

Deutschland ist wohlhabender als die Gesellschaften des Südens. Auch die Löhne sind hier höher, die Arbeitslosigkeit ist geringer. Wir wissen inzwischen, dass die Armut in Deutschland zunimmt, aber Armut in Deutschland ist etwas Anderes als Armut in Griechenland. Als *armutsgefährdet* gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens hat, als *akut* arm, wer unter 50 Prozent liegt. In reichen Gesellschaften – und Deutschland ist eine reiche Gesellschaft – liegt der mittlere Wert höher als in armen, also sind arme Menschen in Südeuropa schlimmer dran als arme Menschen in Deutschland. Wir sollten uns da nicht in die Tasche lügen.

Jetzt hat man uns kürzlich erzählt, das stimme doch gar nicht. Die Europäische Zentralbank und der „Spiegel“ verkündeten, in den südeuropäischen Ländern sei das Pro-Kopf-Vermögen höher als in Deutschland. Arme Deutsche – reiche Griechen, Italiener, Spanier, Portugiesen, Zyprioten. Das ist die neueste ideologische Sau, die durchs Dorf getrieben wird.

Nanu. Was ist da los?

Los ist, Kolleginnen und Kollegen, Folgendes: Deutschland und die südeuropäischen Länder sind inzwischen so weit auseinandergedriftet, dass sich noch nicht einmal eine einheitliche Statistik für sie aufstellen lässt, trotz Eurostat. Es gibt in Südeuropa arme Menschen ohne Einkommen, die auch von niemandem mehr Kredit bekommen. Aber viele von ihnen haben noch eigene Wohnungen, auch kleine Häuser, die sie geerbt oder in besseren Zeiten auch erworben haben mögen. Das ist gut so, denn Geld für Mietzahlungen haben sie längst nicht mehr. Vom Wohnen allein wird man alledrings nicht satt. Beleihen können diese armen Menschen, die oft sogar hungern, ihre kleinen Anwesen auch nicht. Aber diese gelten nun als Vermögen. Die Menschen haben kein Einkommen, auch keine Schulden – da keinen Kredit –, und weil sie ein Grundstück haben, gelten sie als vermögend. So viel zu den reichen Griechen. Die wirklich reichen Griechen, die Plutokraten, sind in dieser Rechnung noch gar nicht drin, denn Schwarzgeld, das längst ins Ausland geschafft wurde, kann in keiner offiziellen Statistik auftauchen.

Und jetzt zu den armen Deutschen. Besonders arm kommt sich in Deutschland ja die so genannte Mittelschicht vor, eine ziemlich weinerliche Klasse. Ihr Einkommen ist hoch, deshalb auch ihr Kredit. Wer diesen Kredit dafür benutzt, um sich ein Haus zu kaufen, hat kein Vermögen oder nur wenig, denn von dem Wert seiner teuren Immobilie werden seine – oder ihre – Schulden abgezogen. So lässt sich die deutsche Mittelschicht gern arm rechnen, und so entsteht die Demagogie vom armen Deutschland und dem angeblich gar nicht so armen Süden.

Bei alle dieser ideologischen Vernebelung bleibt das reale Problem der deutschen Ökonomie im Dunkeln, und dieses Problem betrifft die Situation der arbeitenden Menschen.

Also: Wo liegt das Problem?

Hier liegt das Problem: Seit Jahrzehnten steigt in Deutschland die Arbeitsproduktivität schneller als die Lohneinkommen. Damit steigen die Gewinne. Diese Gewinne können nicht in vollem oder auch nur erheblichem Maß in Güter

investiert werden, die auf dem deutschen Binnenmarkt verkauft werden, denn die Nachfrage auf dem Binnenmarkt bleibt hinter dem Angebot zurück. Wenn diese Nachfrage den Binnenmarkt nicht räumt, dann mag zwar dennoch im Durchschnitt noch ein ziemlich hohes physiologisches Existenzminimum gesichert sein. Zugleich aber geht ein erheblicher Teil des Angebots, das im Innern nicht abgesetzt werden kann, in den Export. Die armen Gesellschaften des Südens können die Waren aus Deutschland nicht bezahlen, zum Beispiel die U-Boote und die Flugzeuge für das griechische Militär. Also müssen diese Länder sich verschulden. Bei wem müssen sie sich verschulden? Wenn wir eine Antwort zu geben versuchen, landen wir wieder in Deutschland.

Weil die extra hohen Gewinne in Deutschland nicht auf dem Binnenmarkt untergebracht werden können, strömen sie notwendigerweise zu einem Teil in die Produktion von Waren für den Export. Aber nur zum Teil. Ein anderer Teil verwandelt sich in Geldanlagen bei den Banken. Und diese Banken verleihen das Geld an Länder, die sich damit verschulden. Dem Warenexport aus Deutschland folgt der Kapitalexport – ebenfalls in hohem Maße aus Deutschland. Früher nannte man das Imperialismus. Ich schlage vor, es auch heute als Imperialismus zu bezeichnen.

Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen: Wir sind somit an der Quelle der Probleme angelangt, über die an diesem 1. Mai 2013 zu reden ist. Die Quelle ist das Verhältnis von Kapital und Arbeit. Damit sind wir aber auch an der Stelle angekommen, an der über Abhilfe nachgedacht werden kann.

Wenn die Lücke zwischen Produktivität und Arbeitseinkommen in Deutschland die Ursache für große Probleme in anderen Ländern, vor allem für Jugendarbeitslosigkeit im Süden ist, dann muss diese Lücke geschlossen werden. Das heißt: Ausnutzung zunächst des verteilungsneutralen Spielraums des Wachstums. Die Löhne und Gehälter müssen ebenso schnell wachsen wie die Produktivität. Das ist eine sehr gemäßigte Forderung. Noch besser ist eine Lohnsteigerung unter Eindämmung des Wachstums der Gewinne. Damit wird zusätzliche Kaufkraft auf dem deutschen Binnenmarkt geschaffen, der gefährliche Exportüberhang nimmt ab, damit werden andere Länder wieder konkurrenzfähiger, die Arbeitslosigkeit dort, auch die Jugendarbeitslosigkeit, nimmt ab.

Es ist auch längst an der Zeit, wieder über die Arbeitszeit nachzudenken. Als vor vierzig Jahren, mitverursacht durch die Dritte Industrielle Revolution, die Massenarbeitslosigkeit einsetzte, antworteten die Gewerkschaften mit einer Offensive für die 35-Stundenwoche. 1984 war diese dann im Grafischen Gewerbe und in der Metallindustrie durchgesetzt, realisiert nach einer Übergangszeit schließlich 1995. Aber seitdem ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität weitergegangen. Vernünftige Leute haben neuerdings vorgerechnet, dass die Einführung der Dreißigstundenwoche bei vollem Lohnausgleich heute ökonomisch möglich ist und zahlreiche neue Arbeitsplätze schaffen würde. Leider machen die beiden großen Industriegewerkschaften IG Chemie und IG Metall da nicht mit. Sie beteiligen sich auch nicht an dem Bündnis „Umfairteilen“. Kernforderung dieses Bündnisses ist eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer endlich einmal wirksamen Erbschaftssteuer sowie eine Erhöhung und scharfe Progression der Einkommensteuer. Das wäre Umverteilung von oben nach unten. Wieder geht es hier

um das Verhältnis von Kapital und Arbeit, aber auch um das Verhältnis des Kapitals zur Gesamtheit der Gesellschaft.

Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen: An dieser Stelle wird oft eine Regulierung der Finanzmärkte gefordert. Die Kritik an der Gier und an den Boni von Bankern und Finanzinvestoren ist so allgemein verbreitet, dass man manchmal meinen könnte, es habe das letzte Stündlein des Kapitalismus schon geschlagen. Hierzu sage ich: Vorsicht! Regulierung der Finanzmärkte – ja. Aber in wessen Interesse?

Die Strategie des Neoliberalismus in den vergangenen dreißig bis vierzig Jahren hatte drei Bestandteile:

Erstens wilde Spekulation,

Zweitens Druck auf die Arbeitseinkommen,

Drittens Abbau des Sozialstaats und Privatisierungen.

Inzwischen ist einigen Kapitalisten die ungehemmte Spekulation selbst unheimlich geworden. Man kann da ja auch kräftig verlieren. Es mag schon sein, dass die Finanzmärkte irgendwann stärker reguliert werden. Wenn aber die hohen Renditen, die dort bisher kassiert werden, auch in Zukunft noch eingestrichen werden sollen, dann ist es durchaus möglich, dass der Druck auf die Löhne und den Sozialstaat, auch auf die staatliche Infrastruktur noch erhöht wird. Schuldenbremse und Fiskalpakt weisen in diese Richtung.

Also: Wie könnte eine Bändigung der Banken denn aussehen, die nicht auf dem Rücken der Schwachen ausgetragen werden wird?

Meine persönliche Meinung dazu lautet: es würde schon genügen, wenn der Prozess der Selbstenteignung der großen Geschäftsbanken, der 2008 mit dem Zusammenbruch von Lehman's Brothers eingeleitet wurde, nicht durch staatliche Maßnahmen immer wieder aufgehalten würde. Wenn Banken sich verzockt haben, sollen sie pleite gehen. Wenn schon Marktwirtschaft, dann eben konsequent. Wer Verluste macht, muss sie tragen. Gehen Spekulationsbanken pleite, dann schrumpft der völlig aufgeblähte Finanzsektor, und das ist gut und nicht schlecht. Und falls es tatsächlich so genannte systemrelevante Banken geben sollte, die gerettet werden müssen, dann doch bitte so, dass der Staat ihre Anteile im Umfang seiner Finanzspritzen übernimmt und dann auch behält – anders als bei der Commerzbank. Im Ergebnis hätten wir einen kleineren Finanzsektor nur noch mit den Aufgaben von Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Und siehe da: mitten im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, mitten im Neoliberalismus stellt sich die Eigentumsfrage, zunächst die Frage nach dem Eigentum im Finanzsektor. So schnell kann das gehen.

Liebe Anwesende, zuletzt noch einen historische Erinnerung. Morgen werden es achtzig Jahre her sein, seit SA und SS in ganz Deutschland die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Gewerkschaften zerschlagen haben. Einen Tag vorher aber, am 1. Mai, beteiligten sich Gewerkschafter an den von Hitler veranstalteten Umzügen zum Tag der nationalen Arbeit und an seiner Großkundgebung auf dem Tempelhofer Feld in Berlin. Ihre Dachorganisation, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, ADGB, hatte dazu aufgerufen in der Illusion, damit die Legalität der Organisation zu

retten. Achtzig Jahre später fragen wir uns: Wie konnte das geschehen? Es konnte geschehen, weil schon vor diesem verhängnisvollen 1. Mai 1933, noch in der Weimarer Republik, die Gewerkschaften immer schwächer geworden und entmachtet worden waren. Bereits 1929 hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie dazu aufgerufen. Wir erinnern uns an den FDP-Politiker Westerwelle, der vor einigen Jahren dasselbe gefordert hat. Solange es Kapital und Arbeit gibt, wird der Kampf zwischen ihnen nicht aufhören. Und wenn manche meinen, den Klassenkampf von unten könne man aufgeben, dann vergessen sie, dass er damit ja gar nicht aufhört, sondern dann ausschließlich als Klassenkampf von oben weitergeführt wird. Und wenn die oben machen können, was sie wollen, dann – siehe das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933. Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch. Die letzte Ursache des Faschismus ist der Kapitalismus. Es gab die NSU-Morde, bei denen der Inlandsgeheimdienst Schmiere stand. Wir erleben, wie die NPD denen, die sie verbieten wollen, eine Nase dreht. Nach wie vor ist der Staatsapparat nicht etwa blind auf dem rechten Auge, sondern er sieht sehr genau, wo er hingucken muss, nämlich nach links, und wo er partout nichts sehen darf und will: rechts. Die einzige sinnvolle Sparmaßnahme des Staates, die ich mir vorstellen kann, wäre die ersatzlose Auflösung des so genannten Verfassungsschutzes. Der einzige effektive Verfassungsschutz liegt außerhalb des Staatsapparats, nämlich im Kampf der arbeitenden Menschen für ihre Rechte. Starke und selbstbewusste Gewerkschaften bedeuten eine starke Demokratie. Mit dieser Erinnerung möchte ich schließen. Ich danke Euch dafür, dass Ihr mir zugehört habt.